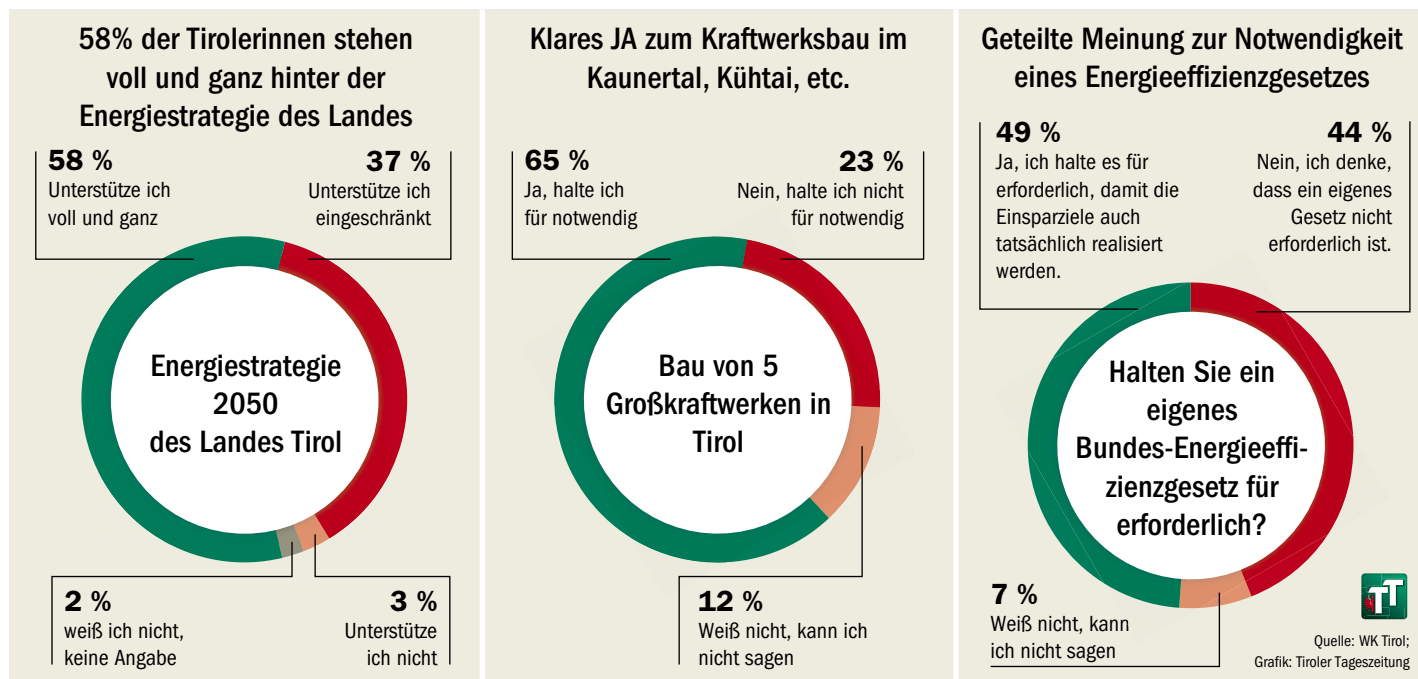


Konsumentenbefragung zu aktuellen Energiethemen



Zuschlag fürs Arbeiten am 8. Dezember

Wer zu Maria Empfängnis arbeitet, hat ein Anrecht auf bis zum Dreifachen des Lohns. Friseure und Billa-Supermärkte machen dicht.

Innsbruck – Der 8. Dezember ist für den Tiroler Handel einer der umsatzstärksten Tage im Weihnachtsgeschäft. Seit 1995 können trotz des Feiertags die Geschäfte geöffnet werden.

Arbeitgeber müssen an diesem Tag Feiertagsentgelt zahlen, egal ob der Angestellte arbeitet oder nicht. Ist ein Mitarbeiter im Rahmen seines Dienstplans im Einsatz, kommt nochmal das Arbeitsentgelt hinzu. Wer außerhalb seiner Dienstzeiten im Geschäft steht, bekommt 100% Überstundenzuschlag. „Das macht dann bis zum Dreifachen des Lohns aus“, erklärt ein Sprecher des österreichischen Gewerkschaftsbunds ÖGB. Anstatt des Überstundenzuschlags kann auch Zeitausgleich ab vier Stunden Arbeitsleistung geltend gemacht werden. Geringfügig Beschäftigte haben ebenso ein Recht

auf Zuschläge. Bei Unstimmigkeiten in der Abrechnung sollten sich Angestellte direkt an die Gewerkschaft wenden.

Umsatzmäßig liegt der Tag mit den Weihnachtssamstagen auf gleicher Höhe, erklärt Alois Schellhorn, Geschäftsführer der Sparte Handel in der WK Tirol. Er betont, dass es selbstverständlich sei, dass die Handelsmitarbeiter Zuschläge bekommen. Das sei kollektivrechtlich geregelt und Betriebe müssten den Mitarbeitern bis zum 10. November Bescheid geben, ob das Geschäft am 8. Dezember öffnet. Die Angestellten könnten dann freiwillig entscheiden, ob sie arbeiten wollen.

Am Land würden ohnehin nicht so viele Geschäfte öffnen wie in den stark frequentierten Städten. Auch die Supermarkt-Kette Billa und Friseure machen am Montag ihre Läden dicht. (TT, ibu)



Der 8. Dezember ist einer der umsatzstärksten Tage im Weihnachtsgeschäft. Wer an dem Tag arbeitet, hat ein Recht auf Lohnzuschlag. Foto: Thomas Böhm

Tiroler Ja zu Kraftwerken und neuem Effizienzgesetz

Zwei Drittel der Tiroler sind laut der neuen repräsentativen Konsumentenbefragung für den Bau großer Wasserkraftwerke in Tirol.

Innsbruck – Das Land Tirol hat sich in seiner Energiestrategie das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 rechnerisch zu 100 Prozent mit eigenen erneuerbaren Energieträgern eingedeckt zu sein und bis dahin den Energieverbrauch um 50 Prozent zu drosseln. Derzeit macht der Anteil der Erneuerbaren in Tirol wegen der massiven Abhängigkeit vor allem von Öl- und Gasimporten nur ein Drittel aus.

Rückenwind für dieses Ziel kommt aus der Tiroler Bevölkerung, auch wenn (oder auch weil) die konkreten Maßnahmen noch nicht bis ins Detail feststehen. 58 Prozent unterstützen das „voll und ganz“, 37 Prozent sind

„eingeschränkt“ dafür, 3 Prozent sind dagegen und 2 Prozent halten sich bedeckt. Das geht aus der Konsumentenbefragung (IMAD befragte 500 Tirolerinnen und Tiroler) der Wirtschaftskammer, der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung (GAW) sowie der TT hervor.

Gefragt wurde auch, was die Tiroler vom Bau von fünf großen Kraftwerken (konkret Ausbau der Kraftwerke Kaunertal und Sellrain-Silz, weiters Neubau von GKI, Innstufe Imst-Mötz und das von der Tiwag auf Eis gelegte Kraftwerk Malfontal) halten. Mit 65 Prozent halten fast zwei Drittel die seit mittlerweile zehn Jahren heftig diskutierte Errich-

tung von Großkraftwerken für notwendig, für 23 Prozent sind diese Projekte hingegen abzulehnen. 12 Prozent wollten sich nicht festlegen.

Offenbar noch nicht ganz durchgedrungen ist trotz teils heftiger Proteste aus der Wirtschaft (etwa der Tankstellenbetreiber) indes die Tatsache, dass mit 1. Jänner 2015 ein neues bundesweites Energieeffizienzgesetz (EEG) in Kraft tritt. 72 Prozent der Befragten geben an, noch nichts vom neuen Gesetz zu wissen, 28 Prozent hingegen sehr wohl. Aber mit 49 Prozent ist eine relative Mehrheit der Tirolerinnen und Tiroler trotzdem für ein solches Gesetz, damit Wirtschaft und Haushalte zu

einem effizienteren Energieeinsatz bewegt werden. Für 44 Prozent ist ein solches Gesetz unnötig, weil Firmen und Private entsprechende Maßnahmen besser eigenverantwortlich treffen sollten. 7 Prozent wollten sich nicht festlegen.

Dass die zu treffenden Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen und zum sparsameren Energieeinsatz keine Auswirkungen auf die Preise haben werden, denken immerhin 35 Prozent der Befragten. Mit 54 Prozent glaubt die Mehrheit aber, dass die Energiepreise durch die Vorschriften steigen werden. 7 Prozent hoffen auf sinkende Preise, 4 Prozent legten sich nicht fest. (va)

Luxemburger Steueraffäre als Chance für EU

EU-Parlamentarier drängen nach den „Lux-Leaks“ auf Transparenz und Abstimmung in Steuerfragen.



Soll nach dem Wirbel eine neue Ära einläuten: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Foto: Reuters

Von Floo Weißmann aus Brüssel

Brüssel – Für EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker persönlich ist die Affäre um die „Lux-Leaks“ wohl ausgestanden, aber für Europa hat sie gerade erst begonnen. Das gaben führende österreichische EU-Parlamentarier vor Journalisten zu verstehen.

Juncker verantwortet als ehemaliger Regierungschef von Luxemburg ein System von Steuerbegünstigungen für

internationale Konzerne, dessen Dimension in seiner ersten Woche als Kommissionspräsident bekannt geworden ist. Doch die Lesart in Brüssel lautet, dass Juncker rechtlich nichts vorzuwerfen sei, weil die Mitgliedsländer Steuern beliebig festsetzen können.

Politisch und moralisch allerdings bleibt es heikel, wenn EU-Partner einander ausstechen und am Ende Konzerne weniger Steuern zahlen als kleine und mittlere Unternehmen

und als Durchschnittsbürger. Juncker hat dies erkannt und eine Vorwärtsverteidigung gewählt: Jetzt soll es doch Regelungen auf EU-Ebene geben.

Otmkar Karas, Delegationsleiter der ÖVP im EU-Parlament, erwartet, dass Lux-Leaks „die Geburtsstunde einer europäischen Steuerpolitik“ sind. Er fordert noch vor Jahresende einen Vorschlag der Kommission für mehr Steuer-Transparenz zwischen den Mitgliedsländern und anschließend einen Vor-

schlag für die Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen. Bis zum Sommer könne beides beschlossen sein, meint er.

Jörg Leichtfried, Delegationsleiter der SPÖ, denkt an Mindest- und Höchstsätze für Unternehmenssteuern. „Vor fünf Jahren wäre man gelyncht worden, hätte man über europäische Steuern diskutiert“, sagte er. Jetzt hingegen sieht auch er einen „politischen Moment, den man nützen kann“. Auch die Grünen haben einen

Misstrauensantrag von rechten EU-Parlamentariern gegen die Juncker-Kommission mehrheitlich abgelehnt und hoffen im Gegenzug auf einen Durchbruch in der Steuerdebatte.

Weil Steuern aber derzeit nicht in der EU-Kompetenz liegen, kann das Brüsseler Parlament diesen Bereich nicht selbst regulieren. Zuständig dafür ist der Rat der Finanzminister. Trotzdem wollen die Parlamentarier nicht untätig bleiben und Druck machen.

Kurzmeldungen

EZB plant Sondermaßnahmen

Frankfurt – Europas Währungshüter arbeiten angesichts düsterer Aussichten für Wachstum und Inflation mit Hochdruck an weiteren Sondermaßnahmen. Die Vorbereitungen für zusätzliche Eingriffe seien weit fortgeschritten, sagte EZB-Präsident Mario Draghi am Donnerstag in Frankfurt. Notfalls könne die Notenbank rasch handeln. (dpa)



Mario Draghi reagiert vorerst nicht auf die niedrige Inflation. Foto: Boris Rössler

Erste erwartet Plus für Wiener Börse

Wien – Die Aktienkurse an der Wiener Börse haben sich heuer enttäuschend entwickelt. Der Börsenindex ATX sei bis dato ein klarer „Underperformer“, sagte Chefanalyst Fritz Mostböck. Der Index gab im Jahresverlauf um 10,8% nach. Nächstes Jahr soll es nach Ansicht der Erste Bank etwas besser werden. (APA)

12.000 Passagiere blieben am Boden

Frankfurt – Die Fluggäste der Lufthansa sind am Donnerstag erneut auf eine Geduldsprobe gestellt worden. Rund 12.000 Passagiere erreichten ihre Ziele nicht, weil die Vereinigung Cockpit ihre Mitglieder zu einem ganztägigen Streik aufgerufen hatte. Heute soll wieder Normalbetrieb möglich sein. (APA)

bauMax kurz vor Verkauf



Die Kette Obi soll über einen bauMax-Kauf verhandeln. Foto: APA

Wien – Bei der angesprochenen Baumarktkette bauMax soll der Verkaufsprozess für Österreich, Tschechien und die Slowakei in vollem Gang sein, berichtet das Nachrichtenmagazin News. Bereits vor zwei Wochen sickerte durch, dass Deutschlands größte Baumarktkette Obi Gespräche mit den Gläubigerbanken führt. Bis 18. Dezember müssen Angebote vorliegen. (APA)